

Erklärung

Junge Generation in der SPD fordert:

Wehrpflicht abschaffen!

Unterzeichnet von:

Niels Annen, SPD-Parteivorstand
Björn Böhning, Juso-Bundesvorsitzender
Kerstin Griese, MdB, Vorsitzende des Jugendausschusses im Deutschen Bundestag
Lars Klingbeil, stellv. Juso-Bundesvorsitzender, Vorstand Zentralstelle KDV
Heiko Maas, MdL, SPD-Landesvorsitzender Saarland
Christoph Matschie, MdL, SPD-Landesvorsitzender Thüringen
Andrea Nahles, Mitglied im SPD-Präsidium
Swen Schulz, MdB Berlin
Carsten Sieling, MdBB, SPD-Landesvorsitzender Bremen

Auf einer Fachtagung am 13. November diskutiert die deutsche Sozialdemokratie über die Zukunft der Wehrstruktur. Damit steht die Wehrpflicht auch in der SPD zur Disposition. Wir plädieren für eine breite innerparteiliche und gesellschaftliche Debatte über die Zukunft der Bundeswehr. Am Ende dieses Prozesses wird ein Bundesparteitag über die Frage entscheiden: Wie stellt sich die deutsche Sozialdemokratie zur Wehrpflicht? Unsere Position ist dabei klar: **Die Zeit ist reif, die Wehrpflicht abzuschaffen!**

Die nächste Generation der SPD steht in der Verantwortung, diese Debatte intensiv zu führen - im Interesse der jungen Menschen unseres Landes. Die Frage der künftigen Wehrstruktur ist nicht nur für die persönliche Lebenssituation von Jugendlichen relevant. Auch viele Bundeswehrstandorte und soziale Einrichtungen, die heute Zivildienstleistende beschäftigen, sind vom Ausgang der Debatte betroffen. Planungssicherheit und durchdachte Konzepte sind notwendig. Wir wollen dazu beitragen.

Die Diskussion um die Wehrpflicht hat längst keinen rein sicherheitspolitischen Charakter mehr. Gesellschaftspolitische, verfassungsrechtliche, ökonomische und arbeitsmarktpolitische Fragestellungen haben an Bedeutung gewonnen. **Wir fordern die Weiterentwicklung der Bundeswehr zu einer Freiwilligenarmee.** Statt der Wehrpflicht setzen wir auf eine nachhaltige Lösung der Wehrstruktur. Unser Ziel sind gut ausgebildete Freiwillige, die nach ihrer Zeit bei der Bundeswehr wieder in zivile Berufe wechseln können. Wir wollen Zivildienstplätze in reguläre Beschäftigungsverhältnisse umwandeln. Und wir wollen eine Kultur der Freiwilligkeit und des Ehrenamtes stärken.

Die Wehrpflicht ist sicherheitspolitisch nicht mehr begründbar.

Es ist ein Verdienst der rot-grünen Bundesregierung, dass Sicherheitspolitik heute umfassend und nicht mehr als Reduktion auf militärische Mittel verstanden wird.

Spätestens der 11. September 2001 hat gezeigt, wie vielschichtig und komplex die sicherheitspolitischen Herausforderungen nach dem Ende des Ost-West-Konfliktes geworden sind.

Die Bundeswehr hat mit den Verteidigungspolitischen Richtlinien von 2003 auf den sicherheitspolitischen Wandel reagiert. Das Szenario klassischer Angriffs- und Verteidigungskriege ist unwahrscheinlich geworden. Dem muss auch die künftige Wehrstruktur Rechnung tragen. Das Grundgesetz sieht die Wehrpflicht nur im Zusammenhang mit der Landesverteidigung. Im Mittelpunkt der Friedens- und Sicherheitspolitik stehen jedoch künftig Friedenssicherung, Krisenprävention und Krisenmanagement. Wehrpflichtige sind für diese Einsätze nicht genügend ausgebildet. Eine Freiwilligenarmee kann diese Aufgabe besser bewältigen. Dabei zeigen Erfahrungen aus anderen Ländern, dass die Einführung einer Freiwilligenarmee keineswegs dazu führt, diese „leichtfertiger“ in internationale Einsätze zu schicken. Dies wäre auch durch nichts zu rechtfertigen. **Der tiefe Eingriff der Wehrpflicht in die individuellen Freiheitsrechte junger Männer lässt sich nicht mehr plausibel begründen.**

Notwendig ist die Entwicklung einer effektiven und kohärenten Friedens- und Sicherheitspolitik. **Mit der Wehrpflicht werden allerdings militärische Strukturen aufrechterhalten, die ihre Rechtfertigung verloren haben.**

Die Wehrpflicht ist gesellschaftlich nicht mehr legitimierbar.

Die Veränderung der Einberufungskriterien hat zur Folge, dass immer weniger junge Menschen für den Wehrdienst zur Verfügung stehen. Von durchschnittlich 415.000 jungen Männern, die es pro Jahrgang gibt, leisten im nächsten Jahr nur noch 66.700 den Dienst an der Waffe. Ab 2006 sind es sogar nur noch 55.000. Viele müssen gar keinen Dienst mehr leisten. Diese Zahlen sprechen für sich: **Die von der Verfassung eingeforderte Wehrgerechtigkeit ist zu einer Wehrpflichtlotterie geworden.**

Die Sozialdemokratie hat sich immer für die gesellschaftliche und politische Kontrolle eingesetzt: Der Wehrbeauftragte, das Prinzip der Inneren Führung, die Personalauswahl und die Bundeswehr als Parlamentsarmee sind Erfolge unserer Politik. **Die Frage einer sozialdemokratischen Friedens- und Sicherheitspolitik muss politisch entschieden werden - nicht auf dem Rücken der Wehrpflichtigen.** Die Gefahr, dass sich die Bundeswehr zu einem „Staat im Staate“ entwickelt, sehen wir nicht.

Die Wehrpflicht ist nicht durch den Zivildienst zu rechtfertigen.

Die angebliche Notwendigkeit des Zivildienstes im sozialen Bereich muss häufig als Argument für die Wehrpflicht herhalten. Unser Auffassung lautet: **Professionelle öffentliche Dienstleistungen sind ohne den Zivildienst besser zu gewährleisten.** Die begrenzte Einsatzfähigkeit der Zivildienstleistenden, ihr ständiger Wechsel, die geringe Motivation und das fehlende Know-How setzen ihrer Effektivität erhebliche Grenzen. Statt Zivildienststellen müssen mehr tarifliche Beschäftigungsverhältnisse und Plätze für das

freiwillige soziale Jahr geschaffen werden. Selbst die Wohlfahrtsverbände haben erklärt, sie könnten ab 2008 den Zivildienst ersetzen, wenn die Haushaltsmittel im sozialen Bereich erhalten bleiben.

Eine von Renate Schmidt eingesetzte Kommission hat Anfang des Jahres in ihrem Bericht „Impulse für die Zivilgesellschaft“ festgestellt, dass auf den Zivildienst verzichtet werden kann, wenn Ehrenamt und Freiwilligendienste besser gestellt und ausgeweitet werden.

Pflichtjahre sind keine Herrenjahre.

Das Reden über die „verantwortungslose“ Jugend halten wir für Paternalismus auf Kosten der jungen Generation. Junge Menschen engagieren sich heute auf vielfältige Weise für die Gesellschaft. Im Jahr 2002, als es zur Flutkatastrophe kam, waren es junge Menschen, die ohne zu zögern halfen. Pflichtjahre oder Zwangsjahre, wie sie unter anderen die CSU fordert, führen nicht zu mehr Engagement, sondern zu einem Rückzug ins Private. Sie laufen einer Gesellschaft der sozialen, politischen und kulturellen Mitbestimmung zuwider. **Wer Pflichtjahre fordert, wird junge Menschen nicht für seine Politik begeistern können.**

Unsere Positionen sind benannt. Wir wollen uns in die Debatte einbringen, wie Übergänge hin zur Freiwilligenarmee organisiert werden können. Der Strukturwandel im sozialen Bereich kann gestaltet werden, ohne dass die Qualität des Sozialstaates leidet. Wir müssen gemeinsam den Mut haben, diese Konzepte zu diskutieren.

Die SPD muss Veränderungen wagen und mutige Schritte gehen. Hierfür wollen wir streiten. Der 13. November muss ein deutliches Zeichen setzen: Es ist Zeit, die Wehrpflicht abzuschaffen. Für mehr Gerechtigkeit und für eine nachhaltige Sicherheitspolitik.